



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An die  
Energie-Control Austria  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

Beilagen  
**LAD1-VD-17661/111-2017**  
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: [post.lad1@noel.gv.at](mailto:post.lad1@noel.gv.at)  
Fax 02742/9005-13610 Internet: <http://www.noel.gv.at>  
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005 DVR: 0059986

Bezug	BearbeiterIn	(0 27 42) 9005	Durchwahl	Datum
	Mag. Dr. Florian Goldstein	12323		19. November 2017

Betrifft  
Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die Systemnutzung bestimmt werden (Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 – SNE-V 2018)

Die NÖ Landesregierung nimmt zum Entwurf einer Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die Systemnutzung bestimmt werden (Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 – SNE-V 2018), wie folgt Stellung:

Die vorgelagerten Netzkosten sind laut Entwurf deutlich gestiegen. In den Erläuterungen wird dieser Effekt durch die Kosten des Engpassmanagements des Regelzonenführers begründet. Es zeigt sich, dass diese Zusatzkosten überwiegend den Netzebenen 3, 4 und 5 zugeordnet werden. Es wird vermutet, dass diese Zuordnung mit der Kostenwälzungsmethode der E-Control im Zusammenhang steht. In den Erläuterungen finden sich keine Anhaltspunkte zur von der E-Control angewendeten Kostenwälzungsmethode. Offen ist daher bzw. ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Zusatzkosten für das Engpassmanagement nicht gleichmäßig auf alle Netzebenen verteilt werden, zumal das Engpassmanagement als Maßnahme der Systemstabilisierung allen Netzbenutzern zugutekommt. Vor diesem Hintergrund ist auch zu hinterfragen, aus welchem Grund sich die westlichen Bundesländer/Netzbereiche an diesen Zusatzkosten nicht zu beteiligen haben.

Es ist zu befürchten, dass Netzbewutzer der Netzebenen 3, 4 und 5 auf Grund der überproportionalen Steigerungen im Vergleich zu anderen Netzebenen die Systematik der Kostenwälzung hinterfragen werden. Aus rechtlicher Sicht wird angemerkt, dass gemäß § 51 Abs. 1 EIWOG 2010 das Systemnutzungsentgelt dem Grundsatz der Gleichbehandlung aller Systembenutzer, der Kostenorientierung und weitestgehenden Verursachungsgerechtigkeit zu entsprechen hat. Diese Grundsätze werden wohl auch bei der Kostenwälzung (vgl. § 62 EIWOG 2010) Anwendung finden müssen. Die Kostenwälzung hat daher diesen Prinzipien zu entsprechen. Die überproportionale Belastung bestimmter Netzebenen dürfte diesen Prinzipien nicht entsprechen bzw. finden sich in den Erläuterungen keine Anhaltspunkte, ob diesen Prinzipien entsprochen ist bzw. nach welcher Methode die Kostenwälzung vorgenommen ist. Dem vorliegenden Entwurf kann daher nur dann zugestimmt werden, wenn nachgewiesen ist, dass diesen Prinzipien entsprochen ist.

NÖ Landesregierung

Im Auftrag

Mag. T r o c k

Landesamtsdirektor

